



## **Antrag**

der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen

### **Bundratsinitiative für ein Verbot von Einwegkunststoff-Elektrozigaretten unterstützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, sich für ein wirkungsvolles Verbot des Inverkehrbringens von Einweg-E-Zigaretten auf nationaler und EU-Ebene einzusetzen. Aus diesem Grunde wird die Landesregierung gebeten, der Ausschussempfehlung im Bundesrat zuzustimmen, so dass unter anderem die künftige EU-Ökodesign-Verordnung mit Ausrichtung auf die Kreislaufwirtschaft und den Ressourcenschutz für die entsprechenden Produkthanforderungen für E-Zigaretten angewendet wird.

Begründung:

Einweg-E-Zigaretten sowie sonstige Kleingeräte mit kurzer Lebensdauer auf Batteriebasis fallen hinsichtlich der Sammlung und Entsorgung unter das Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten. Es ist allerdings davon auszugehen, dass der größte Anteil der Einweg-E-Zigaretten in den Restmüll oder den gelben Sack geworfen und nicht sachgerecht entsorgt werden. Bei einer nicht sachgerechten Entsorgung über den Hausmüll besteht neben dem Rohstoffverlust auch die Gefahr von Bränden durch die häufig enthaltenen Lithiumionen-Batterien. Aufgrund der Menge der z.B. auf dem Markt befindlichen Einweg-E-Zigaretten und der steigenden Nachfrage ist die Vermutung berechtigt, dass erhebliche Mengen an Sekundärrohstoffen, insbesondere Lithium, schlichtweg durch die Verbrennung des Hausmülls vernichtet werden.

Sandra Redmann  
und Fraktion

Cornelia Schmachtenberg  
und Fraktion

Ulrike Täck  
und Fraktion